

Ruswil sagt Nein zu Mehrzweckhalle

Sonderkredit Eine Mehrheit der Ruswiler will keine neue Mehrzweckhalle auf der Wolfsmatt. Die Stimmbürger haben am Sonntag mit 1247 zu 1524 Stimmen einen Sonderkredit von 8,3 Millionen Franken abgelehnt. Das entspricht einem Nein-Anteil von 55,0 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 54,6 Prozent. Die Mehrzweckhalle ist 40 Jahre alt und hätte durch einen Beton-Holzbau ersetzt werden sollen.

Die Stimmbürger haben hingegen das Budget 2021 mit 66,2 Prozent gutgeheissen. Dieses sieht ein Minus von 191000 Franken vor. Die geplanten Investitionsausgaben liegen bei knapp 9,44 Millionen Franken. Der Steuerfuss liegt fürs kommende Jahr bei 2,1 Einheiten (bisher 2 Einheiten).

Des Weiteren wurde der Gemeindevertrag zwischen den Einwohnergemeinden Werthenstein und Ruswil über die Wasserversorgung mit 92,6 Prozent angenommen. (sb)

Gemeinde kauft Restaurant

Eschenbach Die Gemeinde kauft für knapp 890 000 Franken das Grundstück und die Liegenschaft des Hotel und Restaurant Löwen von der Hedy Center AG aus Eschenbach. Die Stimmbürger haben das Vorhaben gestern an der Urne mit 1144 zu 217 Stimmen bewilligt. Der Ja-Stimmen-Anteil beträgt 84 Prozent. Die Stimmbeteiligung liegt bei 53 Prozent. Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, das Unterdorf aufzuwerten. Für die Planung möchte er möglichst viele Grundstücke einschliessen. Die Gemeinde besitzt bereits diverse Parzellen. Nun soll ein Studienwettbewerb durchgeführt werden.

Des weiteren haben die Stimmbürger das Budget 2021 sowie die Abrechnungen zu zwei Sonderkrediten (Förderbandverlängerung Kieswerk sowie Um- und Ausbau Betagtentzentrums) genehmigt. (sb)

Schötz erhält neues Schulhaus

Abstimmung Die Stimmbürger von Schötz haben gestern grünes Licht gegeben für den Bau eines neuen Schulhauses mit Singsaal. Einen entsprechenden Sonderkredit von 9,65 Millionen Franken haben sie mit 903 zu 202 Stimmen gutgeheissen. Die Stimmbeteiligung lag bei 39,1 Prozent.

Geplant ist ein viergeschossiger Bau mit einer Holzfassade, der je 14 Klassen- und Gruppenzimmer enthält. Unmittelbar daneben ist ein neuer Singsaal vorgesehen. Die Bauarbeiten sollen im kommenden Frühling starten. Läuft alles wie geplant, wird Schulhaus 4 im Sommer 2022 eröffnet. Grund für den Neubau sind die wachsenden Schülerzahlen. Schötz zählt aktuell rund 4500 Einwohner, bis 2030 werden es 5000 sein. (sb/flu)

Windradverbot scheitert deutlich

Hitzkirch hat der Gemeindeinitiative eine Abfuhr erteilt. Die Windkraftgegner wollen weiterkämpfen.

Reto Bieri

Seit Jahren wird auf dem Lindenberg geprüft, ob sich dieser als Gebiet für Windenergieanlagen eignet. Eine Gemeindeinitiative verlangte ein Verbot auf der Luzerner Seite. Das ging dem Hitzkircher Stimmvolk zu weit. Es hat am Sonntag eine entsprechende Gemeindeinitiative mit 1242 Nein- zu 858 Ja-Stimmen klar abgelehnt. Die Initiative verlangte, dass die Gemeinde Hitzkirch ihr Bau- und Zonenreglement so anpasst, dass in den Ortsteilen Hämikon, Sulz und Müswangen zum Schutz des Naherholungsgebietes keine Windenergieanlagen erstellt werden dürfen.

Das ist nun vom Tisch. Erleichtert zeigt sich Herbert Birrer, Initiant des geplanten Windrads in Müswangen. «Ich habe ein Ja erwartet, aber kein so klares.» Er werte es nicht unmittelbar als Ja zur Windkraft, sondern: «Das Stimmvolk war dagegen, dass man das Windradprojekt im Keim erstickt. Es hat die Angstmacherei der Initianten durchschaut.»

Auch der Hitzkircher SP-Kantonsrat Josef Schuler freut sich über das Ergebnis. Mit der von ihm mitgegründeten IG Aufwind setzt er sich für die Windkraft ein. «Der Ausgang war offen, die Gegner haben viel Geld in ihre Kampagne investiert.» Das klare Resultat sei ein

Windradverbot

41% JA 59% NEIN

Stimmbeteiligung: 57,4%



Rückenwind für Herbert Birrer (l.) und Josef Schuler.

Bild: Pius Amrein (Müswangen, 29. November 2020)

Zeichen, dass die Bevölkerung bereit sei, den weiteren Prozess mitzugehen. «Erst müssen alle Fakten auf dem Tisch liegen. Erst dann kann die Bevölkerung aufgrund einer soliden Basis entscheiden und nicht aufgrund von Fake News.» Die Initiative habe einiges ausgelöst und deshalb auch ihr Gutes, sagt Schuler. So haben sich einige Exponenten gegen die Initiative ausgesprochen, darunter der Hitzkircher Ständerat Damian Müller.

Lanciert hat die Gemeindeinitiative der Verein Pro Lindenberg.

Verein will – falls nötig – bis vor Bundesgericht ziehen

Enttäuscht sei er nicht, sagt Präsident Heiri Knaus. «Ich habe erwartet, dass es abgelehnt wird. Wir hatten keine Unterstützung aus der Politik.» Positiv sei, dass man mit vielen Leuten in Kontakt gekommen sei und über Fakten habe orientieren können. Das Signal aus Hitzkirch, das

sich die Windradgegner an die Adresse der Gemeinde Beinwil im Freiamt erhofften, blieb allerdings aus. Dort ist, hart entlang der Kantonsgrenze, ein Windpark mit vier Windrädern geplant. Von einem Signal will Knaus allerdings nicht mehr sprechen. «Es war immer unsere Absicht, dass Hitzkirch darüber abstimmen kann, ob man auf dem Lindenberg eine Windindustriezone will.» Pro Lindenberg werde weiterhin

gegen die Windräder kämpfen. «Falls nötig bis vor Bundesgericht», sagt Knaus. Der Verein hat rund um den Lindenberg Mitglieder. In Beinwil habe sich Pro Lindenberg an der öffentlichen Mitwirkung beteiligt und gemäss Knaus 96 Eingaben eingereicht.

Gemeinderat kritisiert Umweltbericht

Für den Hitzkircher Gemeindepräsidenten David Affentranger (CVP) ist das Abstimmungsergebnis zwar ein klares Zeichen; der Gemeinderat schaue beim Thema Windkraft aber weiterhin genau hin. Das hat er vor rund zwei Wochen bewiesen. In der Vernehmlassung zum geplanten Windpark in Beinwil kritisierte Hitzkirch diverse Punkte harsch. «Wir sind zum Schluss gekommen, dass insbesondere der Umweltverträglichkeitsbericht erhebliche Mängel aufweist.» Weil das Projekt im Kanton Aargau liegt, habe man sehr wenig Einflussmöglichkeiten. «Trotzdem werden wir schauen, dass die Emissionen für Hitzkirch möglichst klein bleiben.»

Im Vorfeld stellt sich die Frage, ob der Luzerner Regierungsrat das Windradverbot in der Hitzkircher Ortsplanung akzeptiert hätte. Wohl eher nicht, wie aus einer Anfrage beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) hervorgeht: «Ein generelles Verbot von Windkraftanlagen auf dem Lindenberg verunmöglicht eine Interessenabwägung, womit Bundesrecht ausgehebelt würde, was rechtswidrig ist.» Zurzeit erarbeite der Kanton ein Windenergiekonzept. Es wird gemäss BUWD Anfang 2021 vorliegen. Die Windkraft soll zudem im kantonalen Richtplan mehr Gewicht erhalten.

Hochdorfer wollen «massvolles Wachstum»

Variante 2 der Ortsplanungsrevision wird klar angenommen. In trockenen Tüchern ist die Vorlage jedoch nicht.

Eine Petition, ein Flugblatt und eine vorhergehende Gemeindeinitiative: Die Gesamtrevision der Ortsplanung in Hochdorf sorgte im Vorfeld für viel Aufregung. Nun haben die Stimmbürger entschieden: Mit 1615 Ja- zu 1033 Nein-Stimmen haben sie Variante 2 angenommen. Das entspricht einem Ja-Anteil von rund 61 Prozent. Die andere, erste Variante wurde mit 59,4 Prozent abgelehnt.

Damit haben sich die Hochdorfer für «ein massvolles Wachstum» ihrer Gemeinde ausgesprochen. So sind künftig in einzelnen Gebieten Um- und Aufzonungen möglich. Zudem werden die Nutzungsfläche angehoben und Dachgeschosse voll nutzbar. Damit soll der inneren Verdichtung Rechnung getragen werden, welche der Bund und Kanton verlangen.

Mit dem Ja zur zweiten Abstimmungsvariante stützen die Hochdorfer den Gemeinderat, welcher diese zur Annahme

empfohlen hatte. Entsprechend erfreut zeigte sich gestern Gemeindepräsidentin Lea Bischof-Meier. «Das ist ein starkes, zukunftsweisendes Bekenntnis zum Regionalzentrum Hochdorf», sagte die CVP-Politikerin. Mit der inneren Verdichtung sei eine Attraktivierung des Zentrums möglich. Zudem habe die Gemeinde nun grössere Entwicklungsmöglichkeiten – «mit einem massvollen Wachstum und ohne zusätzliche Einzonungen», wie Bischof betonte.

Komitee befürchtet Mehrverkehr

Enttäuscht ist hingegen das Komitee «Für eine massvolle und qualitative Ortsplanung». Deswegen rund 30 Mitglieder aus den Quartieren Moosstrasse und Kannenbühl hatten sich für Variante 1 ausgesprochen und eine Sammeleinsprache gegen die Aufzonung in ihren Gebieten eingereicht. «Wir bedauern, dass sich Hochdorf nun nicht die

Zeit nimmt, zuerst das Verkehrsproblem zu lösen, bevor es nach innen verdichtet wird», sagt Heinz Spichtig vom Komitee.

Er und seine Mitstreiter befürchten, dass die über 100 Jahre alten Dorfquartiere einen städtischen Charakter mit vielen Flachdächern erhalten werden. Zudem rechnen sie mit einer massiven Zunahme des Verkehrs im Zentrum und in den Quartieren. Davon ist gemäss Gemeindepräsidentin Lea Bischof derzeit keine Rede. «Es liegen ja noch gar keine konkreten Bauprojekte vor.» Sollten Gesuche eingereicht werden,

müsse die Verkehrsverträglichkeit geprüft werden. Bischof dazu: «Das Thema Verkehr ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen. Wir werden die weitere Entwicklung sehr sorgfältig angehen.»

Gemeindeinitiative: Volkswille werde umgesetzt

Ein weiterer umstrittener Punkt war im Vorfeld die 2015 angenommene Gemeindeinitiative «Hochdorf wächst langsam». Diese verlangt eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums im fünfjährigen Durchschnitt von 0,7 Prozent pro Jahr. Das könne mit Variante 2 nicht eingehalten werden, argumentierten die Gegner. Dem widerspricht Lea Bischof vehement. Sie hebt erneut hervor, dass mit der nun angenommenen Ortsplanungsrevision lediglich ein «massvolles» Wachstum möglich sei. Aktuell weise Hochdorf über die letzten fünf Jahre gesehen ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 0,34 Prozent auf – «der damalige Volkswille wird also umgesetzt», so Bischof.

Ob mit dem gestrigen Volksentscheid seine Initiative künftig hintergangen werden könnte, wollte Beat Meister nicht kommentieren. Er nimmt das Resultat sportlich. «Ich gratuliere dem Gemeinderat zum erfolgreichen Abschluss dieses Geschäfts, an dem er über sieben Jahre gearbeitet hat», sagt der frühere SVP-Kantonsrat und fügt an: «Ich hoffe jedoch, dass vor lauter Verdichtung nach innen der Schutz des historischen Ortsbildes nicht komplett unter die Räder kommt.»

Nach dem gestrigen Ja muss der Regierungsrat die Ortsplanung genehmigen – sofern innerhalb der nächsten Tage keine Einsprache erhoben wird. Davon ist gemäss Heinz Spichtig aber auszugehen. Auch das Komitee prüfe rechtliche Schritte.

Niels Jost

Ortsplanung Variante 2

39% NEIN 61% JA

Stimmbeteiligung: 46,4%